

Auf dem Weg für unsere bäuerliche Zukunft

Protokoll der 3. Tagung der jAbL
14. - 17. April 2011, Berlin/Blankenfelde



Inhaltsverzeichnis

Einleitung	2
Donnerstag, 14. April	2
Podiumsdiskussion	2
Visionen der Diskussionsgäste	3
Diskussion	7
Freitag, 15. April	10
Vorstellung der Kampagne „Meine Landwirtschaft“; <i>Aglaia Hajkova</i>	10
Tiergerechte Haltung vs. Kostenkalkulation; <i>Eckhard Niemann</i>	12
Die Saatgutgesetzgebung und ihre Auswirkungen; <i>Miriam Hack</i>	12
Die ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990; <i>Jörg Gerke</i>	12
Samstag, 16. April	13
„Die AbL und ihre Aktionen – ein Rückblick“ von <i>Georg Janßen</i>	13
Diskussion zur Präsentation der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen	15
Sonntag, 17. April	16

Einleitung

Die 2. Frühjahrstagung der jAbL fand vom 14. – 17. April 2011 auf dem StadtGut Blankenfelde in Berlin Pankow statt. Unter dem Motto *Auf dem Weg für unsere bäuerliche Zukunft* trafen wir uns vor den Toren Berlins und setzten uns mit der Europäischen Agrarpolitik und deren Entwicklung sowie mit konkreter Aktionsplanung auseinander.

Leider war eine hohe Fluktuation der Teilnehmer zu spüren, was an der Nähe zu Berlin, aber auch an dem langen Zeitraum der Veranstaltung lag.

Donnerstag, 14. April

Zu Beginn der Tagung stellt Phillip Brändle die jAbL vor, hiernach folgte die Positionierung der AbL zur EU-Agrarpolitik nach 2013, dargestellt von Ulrich Jasper.

Podiumsdiskussion

Die Podiumsdiskussion wurde in Form eines Fishbowl praktiziert, also konnten auch Zuhörer sich aktiv beteiligen.

Vorstellung der DiskussionsteilnehmerInnen:

Uli Jasper - studierter Landespfleger, tätig in der Geschäftsstelle der AbL

Wolfgang Löhn – tätig im BMELV im EU und Koordinationsreferat; zuständig für Modellanalyse, Beitritt neue EU-Länder, Milchmarkt

Bergmann (Die Linke) – Agrarwissenschaften in Bonn studiert, Nebenerwerbslandwirt, Mitglied der AbL

Miersch (SPD) – Rechtsanwalt, 2005 Bundestag, seit 2001 Agrarreferent

Ostendorff (Grüne) – Landwirt, Landesvorsitzender Neuland, Bundestagsabgeordneter

Moderation: Karin Jürgens - Studierte Agrarwirtschaftlerin, tätig in Witzenhausen als Dozentin und selbstständig mit einem Büro für Agrarsoziologie und Landwirtschaft

Einleitender Vortrag von Uli Jasper:

- 1.) Warum eine Reform der GAP?
- 2.) Im Fokus: Direktzahlungen 1. Säule
- 3.) Vorschläge der EU Kommission
- 4.) Forderungen der AbL und anderer Verbände
- 5.) Zeitplan der Reform

zu 1.) Warum eine Reform der GAP?

- Das GELD: die Festlegung des Haushaltes der EU für 2014 bis 2020 steht bevor, davon sind auch die Reformbeschlüsse abhängig. Deutschland hat für 2007 bis 2013 eine Obergrenze von 1,24 % des Bruttonationaleinkommen (BNE), in 2010 waren die tatsächlichen Beiträge bei 1,14. Für die Haushaltsperiode nach '13 soll es max. 1% sein. Das bedeutet – 25% bzw. 32% (gegenüber 1,24). Deshalb wird das Geld nicht für das alte System ausreichen. Die Mitgliedsstaaten bekommen unterschiedlich hohe Zahlungen, Deutschland ist Nettozahler, neuere Beitrittsländer Empfänger der Gelder.\

- Gesellschaftliche Anforderungen und damit Legitimation der Zahlungen:

- Umwelt, Klimaschutz, biologische Vielfalt/Naturschutz
- Faire Bedingungen:
 - soziale Bedingungen
 - internationale Entwicklungsmöglichkeiten

- Wirtschaftliche Ziele: eigene Versorgung und Beschäftigung
- ausgew. Entwicklung der ländlichen Gebiete EU weit
- Preisschwankungen nehmen zu
- Soll die EU diesbezüglich was festlegen? Diesmal wohl eher nicht...

zu 2.) Direktzahlungen

Einkommensstütze: Wo liegt die Bedürftigkeit? Bei den Hektar? Wohl eher bei den Arbeitskräften!

- In D erhalten 51% der Betriebe 5% der Zahlungen, 1,6 Betriebe 30%, 0,5% der Betriebe 18%...
- Sowohl in Bezug auf Fläche als auch auf die Anzahl der Betriebe sind dies schlechte Prozente.
- 20 % der größten Betriebe haben 70 % der Zahlungen und Fläche, bei 40 % der Arbeitskrafteinheiten (AKE) und 33% der Arbeitskräfte(AK)
 - Direktzahlungen in Meck-Pom.: 26.942Eu/AK, in R-Pfalz 5.148 Eu/AK
 - Bruttowertschöpfung
 - Honorierung gesellschaftlicher Leistungen
 - Höhere EU Standards, was kosten sie? In der Summe weniger als 20 EU/ha (1.6 – 1.7 %) mehr gegenüber nicht EU. Dafür werden rund 300 Eu/ ha gezahlt.
 - Kosten für Offenhaltung der Landschaft: bei naturschützlicher Zielsetzung über 320 Eu/ha; nur Mulchen rund 50 Eu/ha

zu 3.) Vorschläge der EU (auf wenige Stichworte reduziert):

- Es soll eine Untergrenze geben
- Bessere Verteilung zwischen den Betrieben und Mitgliedsländern
- Ökologisierung
- Kleinlandwirtschaft fördern (weniger auf Deutsche Verhältnisse bezogen)
- besondere natürliche Einschränkungen (Natura 2000, ...)

zu 4.) AbL

Zahlungen an konkrete Leistungen binden:

- max. 50 % einer Frucht darf in einem Jahr auf den gesammelten Flächen angebaut werden (oder es kommt zu Kürzungen von 30% der gesamten Leistungen)
- Deckelung der Prämie bei 100.000 Eu/Betrieb, die Deckelung kann um die Hälfte der sozialversicherten Lohnkosten gemildert werden

Weiteres, genaueres auf der Seite der AbL www.abl-ev.de

zu 5.) Zeitplan

- Am 2. Mai Bericht des EU Parlamentes vom Agrarausschuss
 - Ende Juni im Plenum
 - Juni 2011 Finanzhaushalt der EU 2014 bis 2020
 - Oktober 2011 Legislativvorschläge GAP Reform
 - Beschlüsse 2012/13
- ➔ **GAP ist mittlerweile zu Gesellschaftspolitik geworden, in der viele Menschen interessiert sind; auch auf der Seite www.meine-landwirtschaft.de zu sehen**

Visionen der Diskussionsgäste:

Dr. Wolfgang Löhe, BMELV:

Stellt zunächst Schritte der Bundesregierung vor: ein Positionspapier wurde im März 2010 veröffentlicht, und im Januar 2011 aktualisiert. Wichtig ist der gegebene Finanzrahmen der EU. Sprach von der Vision der Bundesregierung. Die europäische Haushaltsdebatte wird sich auf den Agrarhaushalt negativ auswirken, so dass mit einer Kürzung der Gelder zu rechnen ist. Davon ist

jedoch die gesamte inhaltliche Diskussion abhängig. Bislang steht noch nicht fest, wie groß der Finanzrahmen sein wird, aber alle Länder versuchen sich einen möglichst großen Teil zu sichern. Deutschland als Nettozahlerland hat ein Interesse daran, die Höhe der Agrarzahungen beizubehalten und plädiert für eine Umverteilung der 1. und 2. Säule innerhalb der Mitgliedsstaaten. Demnach bekämen finanzärmere Länder weniger DZ.

Weiter könnten Kürzungen des Agrarhaushaltes mittels Umverteilung der Agrarausgaben auf die europäischen Strukturfonds EFRE und ESF entgegengewirkt werden.

Umverteilung: Ziel ist eine „faire“ Verteilung, innerhalb der Mitgliedstaaten und den Ländern, also auch eine Annäherung der Prämienhöhen. Deutschland ist für eine bessere Verteilung zwischen den Ländern, aber innerhalb der Länder?

Außerdem sollten bei der Verteilung die 1 und 2 Säule zusammen gesehen werden, denn dann sind die Unterschiede innerhalb der EU nicht mehr so groß.

Inhaltlich soll die GAP vereinfacht werden, wofür alle bestehenden Maßnahmen auf den Prüfstand kommen. Wie künftige Instrumente aussehen werden ist unklar, Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung in der Erhöhung der Umweltmaßnahmen, über die Wege, wie dies geschehen soll, muss aber geredet werden (effiziente und einfache Instrumente). Als Sicherheitsnetz sollen weiterhin Maßnahmen zur Marktregelung beibehalten werden. Z.B für den Milchmarkt als Absicherung von außergewöhnlichen Fällen. Exporterstattungen sollen dagegen auslaufen (Dort sind in 2010 300 Mio. geflossen, was gegenüber den bisherigen Zahlungen eher gering ist)

Die Bundesregierung lehnt eine Deckelung der DZ ab, da sie keine Begründung für diese Regelung sieht – eine solche Begrenzung wird hingegen eher als kontraproduktiv gesehen, wenn z.B.

Umweltbeiträge stärker gefördert werden sollen. Es besteht keine ökonomische Notwendigkeit, schließlich sind die Eu/AK am höchsten bei Betrieben die um die 75.000 Euro erhalten.

Die 2. Säule bedarf einer Weiterentwicklung entsprechend der europäischen Umweltziele mit nationaler Kofinanzierung. Allerdings würde eine Erhöhung des EU Anteils für eine bessere Durchführbarkeit in den Mitgliedsstaaten sorgen.

Seine Vision:

- Ernährung der Weltbevölkerung, das bedeutet für ihn eine steigende Produktivität und steigender Export.
- Attraktivität des ländlichen Raumes. = Attraktive lassen und Bevölkerungsmigration verhindern.
- Umweltprobleme gut lösen, ohne am staatlichen Tropf zu hängen

Andreas Bergmann, Die Linke:

Die LINKE tut sich schwer mit einer umfangreichen internen Debatte zu agrarpolitischen Themen, da ihnen dafür die Kompetenzen (Agrarspezialisten) fehlen. Trotzdem hat frühzeitig im März 2010 die Diskussion begonnen. Die bisher etwas unscharfen Forderungen sind:

Die 1. Säule soll nicht weiter eine Einkommensfunktion erfüllen, sondern soll als Honorierung von sozialen und ökologischen Leistungen dienen (Betriebe können drauf verzichten, wenn sie die Regelungen nicht einhalten wollen).

Ökologische Forderungen (klar definiert, einfach und einfach zu kontrollieren):

1. Ökologische Vorrangflächen zu 5 % bei festen Standorten wie Hecken, Kleingehölze, Wasserzeug oder zu 10% für wechselnde Flächen wie Blühstreifen. Ausgenommen sind ökologisch wirtschaftende Betriebe. = „CCplus“
2. Verzicht auf GVO- auch im Futter

Soziale Forderung:

- Bindung der DZ an Arbeitsplätze – wie ist noch unklar
- Mindestlöhne (mit Sozialversicherung, auch für Saisonarbeitskräfte)

In der Summe sollen 80 % der Direktzahlungen für ökologische und 20 % für soziale Leistungen vergeben werden.

Seine Vision:

- Vielfalt
- Regionalität
- Verzicht auf Exportsubventionen
- flächendeckende Landwirtschaft im ländlichen Raum

Dr. Christel Happach-Kasan, FDP:

Landwirte sollen ihr Einkommen auf dem Markt erwirtschaften. Da sich dafür jedoch die Preise für Lebensmittel (in Deutschland momentan 11 % des Einkommens, in Frankreich 24% für Lebensmittel ausgegeben; 2/3 des Einkaufes sind über Subventionen finanziert – bei Sonderkulturen ist es anders) verändern müssten, erscheint ihr momentan ein Streichen der DZ als unfair/unsozial gegenüber den Landwirten. Daher bleiben die Subventionen erstmal bestehen, da diese bedeuten ländliche Räume, Dörfer und Naherholungsgebiete zu schützen sowie die Produktion von billigen Lebensmitteln.

Ihre Vision :

... ist ein europäisches Landwirtschaftsmodell, was es EU weit zu entwickeln gilt:

- 1) Lebenswerter ländlicher Raum
- 2) Produktion von Lebensmitteln
- 3) Deutschland als Nettozahlerland begreift die erste und zweite Säule als Ranking.

Ein weiteres Ziel ist, die Düngeproblematik in den Griff zu bekommen. Da müssen sich vor allem die anderen Länder an der Nase fassen. Deutschland ist schon sehr weit fortgeschritten mit der Entkopplung der DZ, andere Länder sollen erstmal nachziehen.

Die Entkoppelung der Direktzahlungen hat den Vorteil, dass die Landwirte entscheiden was und wie viel produziert wird

,es gibt keine Prämienoptimierte Produktion. In Frankreich sind die Zahlungen immer noch gekoppelt.

Ihre größte Sorge gilt der Verstädterung und der dadurch entstehenden Entfremdung von der Landwirtschaft, was zu einer steigenden, großen und problematischen Skepsis gegenüber der Lebensmittelproduktion führt. Deshalb besteht die dringende Aufgabe Informationen an die Bevölkerung zu vermitteln über die Nutzung ländlicher Ressourcen, auch die der Energiepflanzennutzung. Gleichzeitig müssen die Zahlungen begründet werden.

Deutschland ist insgesamt ein Gunststandort für die landwirtschaftliche Produktion. Wir müssen unsere natürlichen Ressourcen voll nutzen um die Welternährung zu gewährleisten. Der einzige Weg dafür ist die Intensivierung der Landwirtschaft an Gunststandorten und der Erhöhung des Agrarexports in Regionen und Länder, die keine Gunststandorte sind. Dazu ist besonders die Anwendung und Weitervermittlung von modernen landwirtschaftlichen Methoden, wie z.B. der Gentechnik notwendig. Es muss in Bildung der Bevölkerung und Ausbildung der Landwirte und somit in die Weiterentwicklung der Landwirtschaft investiert ebenso in die Forschung, wie auch in die Bildung der Landbevölkerung allgemein.

Dr. Matthias Miersch, SPD (und Nachbuanwalt der AbL):

Seine Vision ist die Autonomie der Landwirtschaft (wie auch im jAbL Positionspapier vorgesehen). Dafür müssen weltweit Fördermaßnahmen gestalten werden, die dafür sorgen, dass wir eine gute Umwelt hinterlassen. Die bisherige Richtung auf die Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft zu setzen, hat in dieser Hinsicht bisher hauptsächlich Probleme verursacht. Wie am Beispiel des Maiszünlers zu sehen ist.

Ein wichtiger Punkt zur Autonomie der Landwirtschaft ist das Saatgut und das bäuerliche Recht auf Nachbau. Dieser Punkt wurde und wird immer weiter eingeschränkt.

Die Kontrolle von Unternehmen über Saatgut und Züchtung stellt nicht nur eine Abhängigkeit her, sondern ist zudem noch ein Einfallstor für GVOs. Außerdem stellt die Patentierung durch Unternehmen ein großes Problem in Bezug auf die Verfügbarkeit und Freiheit von Saatgut dar. In diesen Bereichen laufen juristische Auseinandersetzungen auf verschiedenen Ebenen. Bisher wurde Quantität statt Qualität gefördert, was möglichst schnell geändert werden muss, da es nicht nachhaltig ist. Die SPD hat dazu ein eigenes Konzept zur Umgestaltung der GAP geschrieben: In der 1. Säule sind Standards wie z.B. der Schutz von Grünland vorgesehen, sowie ein Fördermodul für Naturschutzauflagen (Natura 2000, Wasserschutz etc.) und ein fakultatives Fördermodul für innovative Produktionsmethoden – z.B. Ökolandbau; alles, was über gesetzliche Standards hinausgeht. Die 2. Säule soll zur regionalen Förderung dienen durch die Unterstützung von ländlicher Infrastruktur, Höfen in strukturschwachen Gebieten, bäuerlicher Landwirtschaft und vor allem auch Bildung. Ganz prinzipiell ist es im Rahmen eines neuen Staats- und Gesellschaftsdenkens wichtig, mehr in Bildung zu investieren, damit diese nicht durch Kofinanzierung von Schulen oder durch Abhängigkeit von Drittmitteln schlussendlich von finanzkräftigen Konzernen bestimmt wird.

Friedrich Ostendorff, Grüne (und AbL):

Er freute sich zunächst über die große öffentliche Aufmerksamkeit für die Agrarreform – sie ist aus dem Hinterzimmer raus. Es braucht eine gesellschaftliche Debatte, wie sie vom Bündnis der Plattformverbände angestoßen wurde. Die Gesellschaft muss an der Entscheidung beteiligt werden, wofür Geld ausgegeben werden soll.

Das Papier, was Ciolos vorgelegt hat, habe er in dieser Form nicht erwartet, freut sich aber darüber. Die größte Herausforderung ist der Erhalt der Biodiversität und der Klimaschutz. Der Artenschwund ist ein Problem für das Überleben der Menschheit.

Wichtige Maßnahmen sind neben der Förderung des Anbaus heimischer Eiweißfutterpflanzen und ihrer Integration in der Fruchtfolge der Schutz von Strukturelementen und ökologischen Vorrangflächen mit dem Ziel, ausgeräumte Landschaften zu begrünen, um vor Erosion und Naturkatastrophen zu schützen. Außerdem stellt sich die Frage nach dem Umgang mit Grünlandflächen – wichtig ist der Erhalt von artenreichen, extensiv gedüngten Wiesen, ein Grünlandumbruchverbot. (Was ist Grünland: intensiv mit 300 kg N oder Artenreiche, und extensiv?) Es geht nicht um die möglichst kostengünstige Herstellung von Lebensmitteln, sondern darum, zu bedenken welche Probleme und Leistungen unsere Landwirtschaft hervorbringt. Durch die Dimensionen der Fleischproduktion in Europa entstehen z.B. große Probleme: Wir nehmen anderen Ländern die Futterflächen, essen die guten Fleischteile und die Reststücken schicken wir dann wieder zurück. Aigner: „Wir ernähren die Welt mit Fleisch“

Für die Zukunft fordert er, ein EU-Bürgergeld an die oben genannten Leistungen zu koppeln. Des Weiteren gibt es immer noch großes Wachstum in der Tierhaltung, ohne das klar ist, wo das Protein dazu herkommt. Exportminister Müller erschließt aktuell den Schweinefleischmarkt in Indien und China...

Wichtig ist es die kommenden Dinge mitzubestimmen, damit es besser wird. Bei der Demo waren 22.000 Leute, während dem DBV nur ein lahmer Klau der Slogans in einer Anzeige einfällt.

Aigner steht nicht für eine Agrarwende.

In den Mittelpunkt gehört eine bäuerliche Landwirtschaft, die sich dem Wettbewerb stellen kann, etc.

Diskussion:

Phillip: Welternährung: Fakt ist, dass doppelt so viele Menschen ernährt werden könnten, wie auf der Erde leben, bezogen auf die produzierten Kalorien.

Gentechnik: Hat seit 15 Jahren keine große Verbesserung gebracht.

Frage an Herrn Löhe (BMELF): gibt es zur Ökologisierung schon konkrete Pläne?

Löhe: Ein sinnvoller Ansatz ist der Vorschlag der AbL, als ein Kriterium die Fruchtfolge zu nehmen (*max. 50% einer Frucht in der FF*). Andere Ansätze hat Albert Deß (*Berichterstatte D in EU für Agrar*) präsentiert, der die ökologischen Aspekte in der 2. Säule sieht. Zur Basiskomponente soll es keine Verknüpfung geben.

Möglichkeiten zur Steigerung der Umweltleistungen

Eine Ökologisierung JA, aber über das WIE muss noch geredet werden.

Uli: Im BMELF werden verschiedene Papiere diskutiert. Der Vorschlag von Deß ist kompliziert: Direktzahlungen sollen an die 2. Säule gebunden werden, mit einem langen Katalog, aus dem ausgewählt werden kann. Maßnahmen wie Blühstreifen bringen wahrscheinlich keine große Wirkung > Geld aus 2. Säule (und gebunden an 1. Säule). Dies führt wahrscheinlich zu einer Plünderung der 2. Säule mit kleinen unwirksamen Maßnahmen, so dass für ambitionierte Projekte kein Geld überbleibt. Deß möchte deshalb Geld von der ersten Säule in die 2. te vorher verschieben.

DBV: 20 % Ökobau sollen erhalten bleiben (noch aus Künast Zeiten)

Ciolo kann unter Umständen sehr hellgrün werden, doch wir (der volle Saal, trotz Kälte^^) arbeiten daran, dass es dunkelgrün wird.

Miersch: Wenn die 1. Säule bleibt, wie es ist, bedeutet das mit der Gießkanne Steuergelder zu verplempern. Dies muss also auf jeden Fall geändert werden.

Zur Bürokratie: Wer Geld möchte, muss auch einen gewissen Aufwand betreiben, niemand ist gezwungen es zu nehmen.

Es geht nicht an, dass die 1. Säule mit der 2. geflickt wird.

Linke: Gewaltiger Hebel durch (...?) Dieser wird von Deß ausgehebelt

H-K: 2/3 der Einkommen werden durch Direktzahlungen gedeckt, also muss es zu einem langsamen Ausstieg aus den Subventionen kommen. Mit Blühstreifen kommt man da zu keiner Lösung (N Überschuss) Es muss dort angesetzt werden, wo was zu tun ist.

Kalorien werden weltweit ausreichend produziert, aber „falsch“ verteilt in den Produktionsorten. Länder sind Importeure, da sie nicht die Gegebenheiten für eine ausreichende Produktion haben

Steffen: Er möchte die Diskussion weiten, alle Vorschläge die LW grüner zu machen sind gut und schön, aber wenn er in den elterlichen Betrieb einsteigen möchte, greift eine GAP bis 2020 zu kurz um für seine Zukunft zu planen.

Was kann getan werden, dass Betriebe außerhalb von Subventionen langfristig eine Zukunft haben?

Jan: An H-P: Sie fordern faire Preise. Wie soll das erreicht werden?

H-K zu Steffen: Politik ist nur ein Teil der Gesellschaft

- Versagen bei der Nutzung von natürlichen Ressourcen
- LW hat Zukunft, wo sich nicht auf die Politik verlassen wird; Norddeutschland: „legt uns keine Steine in den Weg“, Süddeutschland dagegen möchte an die Hand genommen werden

„Nicht jeder, der Bauer sein will, soll auch Bauer bleiben“

Es gibt eine enorme Bildungsaufgabe für die städtische Bevölkerung.

In den Bundesländern sind die Ansprüche sehr unterschiedlich, und sie möchte die LW nicht bevormunden.

Miersch: Es wurde zu sehr auf die Vernunft gesetzt, es müssen ordnungsrechtliche Arbeitsbedingungen geschaffen werden, mit Mindeststandards für Ställe und klaren Labels! In Zusammenhang mit aufgeklärten Verbrauchern, die dann bewusst entscheiden können.

Ostendorf: Die Betriebe müssen mit dem in Übereinstimmung gebracht werden, was die Verbraucher wollen. 22 Hühner/m² sind nicht vermittelbar.

Wenn jemand 3200 Kühe halten will, so soll er das tun, aber nicht erwarten, dass er dafür auch noch Subventionen bekommt.

Und Ordnung ... muss sein.

Steffen: das reicht ihm nicht, das ist zu plakativ.

Ostendorff: Hühner (s.o.) nicht mit Wiesenhoflabeln versehen, da dies eine Verbrauchertäuschung ist, und dafür sollte es kein Geld geben.

Karin: Zusammenfassung: Transparenz!

Statements **Miriam an H-K und Löhe:** Es ist nicht klar, was die Vision von Landwirtschaft ist – es muss erstmal eine Zielvorstellung geben, damit die Richtung der agrarpolitischen Maßnahmen klar ist.

Es besteht ein Widerspruch zwischen dem Lob des schönen ländlichen Raumes und der Ausrichtung am Weltmarkt – letzteres führe eben zu Kostenminimierung und Verarmung der Kulturlandschaften. Eine Intensivierung der Landwirtschaft funktioniert nicht zur Bekämpfung des Hungers auf der Welt, wie man an der Situation der Entwicklungsländer heute erkennen kann.

H-K: Es gibt keine klare Vision und Zielstellung für die Landwirtschaft. Es geht um die Wirtschaftlichkeit von Betrieben – dazu ist es egal, ob diese klein oder groß sind – eine wichtige Rolle hat dabei die Diversifizierung. Verschiedene Betriebsformen und -größen können so nebeneinander bestehen. Ggf. müssen die Höfe ihr Einkommen über Dienstleistungen und Sonderkulturen erwirtschaften.

Einwurf **Karin Jürgens:** Es geht auch um die ungerechte Verteilung der DZ

H-K: Ein Ausgleichen ist EU-weit nötig – nach bestimmten Kriterien, deren Festlegung jedoch schwierig ist, da keine Mehrheiten zusammenkommen. Wenn die DZ beispielsweise an die Arbeitsplätze gekoppelt würden, erhielte Deutschland nur noch etwa die Hälfte der DZ aus Brüssel und würde somit seine schon bestehende Position als Nettozahler in großem Ausmaß verstärken.

Löhe: Sein Vision: Verschiedene Arten der landwirtschaftlichen Produktion unter Beachtung von Standards und Grundsätzen der Nachhaltigkeit – abhängig von Region, Tradition, Betriebsgröße u.a. Die Verteilung der DZ nach Arbeitskräften aufgeschlüsselt hält Löhe nicht unbedingt für gerecht, da es auch sonst in der Wirtschaft nicht für jede Arbeit den gleichen Lohn gäbe.

Bestimmte Kriterien müssen zur Förderwürdigkeit erfüllt sein, aber keine konkrete Betriebsform soll bevorzugt werden.

Miri: Über die Maßnahmen wird aber ein „Ziel“ vorgegeben, also muss auch über das Ziel nachgedacht werden.

Uli Jasper Einwurf zu den Begriffen: Er ist auch für eine Intensivierung der Landwirtschaft und für freie Märkte: Intensivierung durch den Einsatz von mehr Arbeitskräften in der Landwirtschaft, verstärkte gärtnerische Aktivitäten, um wegzukommen von den energieaufwendigen Inputs (Dünger, Maschinen,...). Freie Märkte beinhalten für Uli freie Bauern – damit diese Freiheit gewährleistet ist, müsste halt teilweise die Freiheit der Verarbeitungskonzerne begrenzt werden.

H-K: Freie Märkte bedeuten freie Bauern. Dafür muss man ggf. bei den Molkereien und der Verarbeitung Begrenzungen machen.

FDP weiten Molkereien aus. Ciolos hat viel Milchbündelung zugelassen und dafür auch einiges auf den Deckel bekommen.

Politik gibt die Regeln vor.

Karin: Gärtnerische Landwirtschaft kann jedem Menschen die eigene Ernährung ermöglichen.

Carsten: Generelle Kritik an der Ausrichtung der Agrarpolitik – Die Landwirtschaft ist wie eine Drogenabhängige an die Zahlungen aus Brüssel gebunden, kann über das Kürzen des Geldes bestraft werden – und bekommt somit ein sehr schlechtes Selbstbild vermittelt. Besser wäre eine Förderung von positiven Entwicklungen, so dass die Landwirte von selbst neue und nachhaltige Wege ausprobieren und gehen. Warum wird N nicht richtig teuer? Förderung von Humusaufbau?

Karl: Ein Problem ist, dass Agrarpolitik immer eine Reaktion auf Notwendigkeiten bleibt und sich die Landwirtschaft immer mehr auf spezielle Ebenen wie Mikrobiologie und VWL konzentriert anstatt das ganze System zu betrachten. Die Frage dabei: Was kann Politik eigentlich leisten? So ist die 2. Säule in sich gegenläufig – neben Umweltmaßnahmen gibt es auch Investitionsförderungen, die gegenläufig wirken...

Wichtig sind die Steuerung und die Signale an die Unis – es braucht mehr sozialwissenschaftliche Aspekte.

Ostendorff: Es geht um den Kampf zwischen industrieller und bäuerlicher Landwirtschaft. Um die industrielle Entwicklung zu stoppen ist es nötig z.B. die Investitionsförderungen zu beschneiden sowie Stallbauten und Tierbesatz an Flächen zu binden. Z.B. Emissionsgrenzen wie früher setzen (wurden für LW gelockert), Industrie muss sich schließlich auch daran halten.

Löhe: Wenn Carsten Anreize über die Finanzierung bringen möchte, anstatt von Vorschriften, geht der Ansatz der AbL in eine falsche Richtung.

Miersch: Ein Vernunftappell allein reicht eher nicht, um Agrarpolitik zu ersetzen - weil es wahrscheinlich nicht zu allzu viel führt – immerhin gehören immer noch viele Bauern zum Bauernverband... Es braucht ein neues Staats- und Gesellschaftsdenken mit Leitbild. Dann können die politischen Instrumente zur Belohnung aber auch zum Verbot oder Besteuerung daran angelegt und zur Zielführenden Lenkung genutzt werden. Kohl hat immer an die Vernunft der Wirtschaft appelliert, sie ist trotzdem kein bisschen nachhaltiger, Leiharbeit hat zugenommen. Auch ist eine pauschale Belohnung pro Fläche falsch! Es müssen Anreize geschaffen werden für einen Fruchtfolgewechsel oder eben Monokulturen verboten werden.

Zur Bildung: GVO Konzerne statt Biologie/Chemieräume in Schulen aus... In den Hochschulen ist es noch deutlicher: Konzerne geben Drittmittel und finanzieren ganze Lehrstühle. Das dort eine Abhängigkeit besteht ist klar, und es ist am Staat, diese Dinge zu finanzieren.

Bergmann: Eine positive Motivation ist zur Erreichung von Zielen wichtig – deshalb geht es um die Honorierung von Leistungen in der Landwirtschaft. Dieses System ist mit CC etabliert. Jedem LW steht es offen sich daran zu halten oder nicht. Probleme werden eher mehr durch den zunehmenden Nutzungsdruck auf die Flächen – vor allem durch die Bioenergie. Hinzu kommt eine Kapitalisierung der Landwirtschaft (AK war noch nie so teuer wie jetzt).

Publikumsinput: Die Tierproduktion gehört zu einer nachhaltigen Landwirtschaft, allerdings wird der Preis für tierische Produkte zunehmend durch Importe und Exporte – auch von Futtermitteln – bestimmt.

Publikumsinput: Die Förderung nur einer Form der Landwirtschaft ist schwierig – die Zusammenarbeit von Landwirten z.B. in Genossenschaften, die dann einen großen Betrieb – allerdings mit vielen Menschen - bewirtschaften, sollte nicht durch Reformmaßnahmen zu Gunsten von Kleinbetrieben diskriminiert werden. Das ist besonders wichtig in Ostdeutschland – deshalb ist eine Deckelung der DZ – vor allem EU weit - schwierig, weil mitunter viele Mitarbeiter/innen in Großbetrieben arbeiten.

Löhe: Deshalb sieht er die Arbeitsplatzbindung der DZ kritisch, weil eine Bestrafung durch Obergrenzen ungerecht sein kann.

Uli Jasper: Gärtner und Bauern würden gerne auf Subventionen verzichten, wenn die Preise ausreichen. Aber es gibt DZ – die Frage ist, was man damit macht. Es geht darum sie sinnvoll und möglichst einfach zu binden. Arbeitsintensive Familienbetriebe und Genossenschaften sind heute schon benachteiligt gegenüber Kapitalgesellschaften, die in großen Einheiten und möglichst effizient nur das Ertragreichste anbauen. Die Frage ist, wie man solche Unterschiede zwischen großen Betrieben berücksichtigen kann – und wie die Subventionen verteilt werden. Ökonomisch oder sozial/ökologisch - da ist auch Ciolos Vorschlag die DZ an Arbeitskräfte zu koppeln. Die Nettozahler-Staaten der EU wehren sich jedoch gegen eine solche Regelung, weil sie dann noch weniger Geld aus dem EU Topf zurück erwarten.

Nach dem AbL Vorschlag werden die Zahlungen gekappt, und wenn jemand die höheren Zahlungen haben möchte und entsprechend Arbeit nachweisen kann, steht es ihm frei einen Antrag zu stellen. Niemand möchte die Genossenschaften benachteiligen. Aber gegenüber AG, KG etc. sind sie jetzt schon benachteiligt, da diese sich ertragreiche, arrondierte Flächen aussuchen.

Wie lassen sich nun AK intensive Betriebe fördern? - Am einfachsten über eine Bindung der DZ an AK. Dann müssten 40 % der Gelder abgegeben werden.

Aber auch das BMELF ist nicht für einheitliche €/ha EU weit, da dann Geld abgegeben werden muss. Die AbL greift den Vorschlag von Ciolos auf und füllt ihn mit Leben.

Karin: Runde mit Abschlussstatements – Was nehmen Sie mit?

Miersch: Die agrarpolitischen Maßnahmen müssen unbedingt auf individuelle Bedürfnisse zugeschnitten werden können – es müssen Leitbilder in unterschiedlicher Form aufgenommen werden. Es ist gut, dass das System reformiert wird.

Bergmann: Es ist gut, dass LW Nachwuchs da ist. Es muss aktiv gegen die Einkommensdisparität in der Landwirtschaft vorgegangen werden – Regionalisierung ist eine Chance.

Löhe: Die Meinungsvielfalt zur Ausrichtung der Agrarpolitik ist auch in einer recht homogenen Gruppe sehr hoch. Deshalb ist es wichtig die gesellschaftliche Debatte zu führen in Diskussionen und Plattformen und er Charta der Landwirtschaft von Aigner.

Uli: Um die öffentliche Debatte führen zu können, ist es wichtig, sich nicht zu technokratische auszudrücken. Es ist schön zu sehen, dass es viele politische Menschen sind und dass sich viele nicht einfach zurücklehnen sondern sich einmischen. Das stimmt hoffnungsfroh und macht außerdem Spaß dabei zu sein.

Ostendorff: Er freut sich, dass die bäuerliche Landwirtschaft anscheinend doch nicht mit ihm in Rente geht. Er sieht generell – auch mit jAbL und Plattformverbänden - einen Wechsel im Land – es ist eine Beteiligungskultur entstanden, deshalb ist es auch wichtig sich als Landwirtschaft zu öffnen. Auch fragen wie „Wie finden wir Akzeptanz für die Tierhaltung die wir machen“ - alle finden die Industrietierhaltung toll – nur irgendwie versteht die Gesellschaft dies nicht^^
Momentan sind alle Veranstaltungen zur Landwirtschaft voll.

Alle wollen von der Landwirtschaft leben, aber selbst wenn es einen kostendeckenden Milchpreis gibt, gibt es immer noch ein Erzeugerpreisunterschied zwischen Alpen und Küste.

Phillip: Konstruktiv, gute Diskussion. Bedankt sich bei allen (es gibt die **jAbL-Position** zusammen mit Honig und „Bantam“ Saatgut).

Freitag, 15. April

Vorstellung der Kampagne **Meine Landwirtschaft**; **Aglaia Hajkova**, Kampagnenkoordinatorin

Die Kampagne startete offiziell am 25.01.2011 und ist auf ein Jahr angelegt. Ziel ist es, die Debatte um die GAP-Reform für die Agrarpolitik von 2014 bis 2020 zu begleiten. Erstmals bestimmt das EU-Parlament bei der Reform mit. Die Kampagne will diesen Prozess begleiten, Fragen stellen und Informationen und Fakten zusammenstellen. Eine gesellschaftliche Diskussion soll angeregt und die Menschen dazu animiert werden, sich einzumischen und mitzubestimmen.

Im Rahmen der Kampagne findet die online-Befragung „Meine Wahl“ statt. Hier können die Teilnehmer angeben, wofür sie ihre durchschnittlich 100 € Steuergelder, welche in die Agrarsubventionen fließen, ausgegeben wissen wollen. Die Teilnahme an der Befragung ist allen Menschen möglich, der Aufruf zur Teilnahme erfolgt über die Kampagnenträger.

Ende April 2011 sollen die vorläufigen Ergebnisse bekannt gegeben werden. Sie stellen die Grundlage für die Forderungen der Kampagne an die Politik dar.

Die Kampagne umfasst 8 Themenfelder, welche den Wirkungsbereich der 31 Träger umfassen. Somit spiegeln sich in der Kampagne ein breiter Hintergrund und vielfältige Interessen und Bedürfnisse wider. Die Kampagne nahm ihren Ursprung im Jahr 2010 auf EU-Ebene ausgehend von der ARC (European Agricultural and Rural Convention, ein Reformbündnis zahlreicher europäischer Nicht-Regierungsorganisationen und Netzwerke). In diesem Rahmen wurden die Idee und die Umsetzung der Kampagne entwickelt.

Die Kampagne wird von vielfältigen, dezentralen Aktionen, welche wiederum von den Trägerorganisationen initiiert und ausgerichtet werden, begleitet. Im Rahmen dieser Aktionen werden die Forderungen an die Politik gerichtet.

Diskussion:

● **Wie hoch ist die Beteiligung bei der Abstimmung?**

Bisher über 6000 Teilnehmer, die Beteiligung ist damit nicht sehr hoch, als Ziel werden mindestens 10 000 bis 15 000 Teilnehmer angestrebt. Die Trägerorganisationen müssen entsprechend weiter mobilisieren um Menschen zur Teilnahme zu bewegen.

● **Wer stimmt ab?**

Das lässt sich nicht genau zurückverfolgen. Generell weiß man nur, welche Organisationen wo zur Teilnahme aufgerufen haben, also über welche Kanäle Menschen zur Teilnahme aufgefordert wurden.

● **Wie können Leute erreicht werden, die nicht mit Landwirtschaft zu tun haben bzw. wie kann es gelingen, auch Menschen jenseits der „bio-alternativ - Szene“ zu erreichen?**

Beispielsweise über Artikel/Anzeigen in Zeitungen wie taz oder Frankfurter Rundschau.

● **Kritikpunkt:** die Träger finanzieren die Kampagne und sprechen durch ihre Mobilisierung nur bestimmte gesellschaftliche Gruppen an. Das Ergebnis der Befragung ist somit vorherbestimmt und angreifbar, da es nicht repräsentativ für die gesamte Gesellschaft ist.

Den Trägern ist dieser Nachteil bzw. die potentielle Angriffsfläche durchaus bewusst. Dennoch ist das generelle Ziel, den Politikern aufzuzeigen, dass vielen Menschen die Landwirtschaftspolitik nicht egal ist und auch in den konventionellen Markt hineinzuwirken.

● Idee, um auch andere gesellschaftliche Gruppen zu erreichen: z. B. Flyer über kleinere konventionelle Ketten, die regional vermarkten, verteilen.

● **Kritikpunkt:** Fragebogen ist nicht ergebnisoffen, Menschen, die nicht „öko“ sind, haben evtl. nicht die Möglichkeit, ihre Meinung über den Fragebogen auszudrücken. Die Glaubwürdigkeit leidet darunter.

Begründung: Das Thema ist zu komplex für offene Fragestellungen. Die Befragung soll keine wissenschaftliche Arbeit darstellen. Die Kampagne muss mit begrenzten Ressourcen umgehen, zudem schreckt hohe Komplexität die Leute auch ab. Es müssen immer wieder Kompromisse gemacht werden.

● **Anregung:** Die Formulierungen im Fragebogen hätten anders gewählt werden können, um nicht so tendenziös zu wirken. Dennoch ist zu bemerken, dass es sich dabei tatsächlich um die Inhalte der Agrarpolitik bzw. die Argumente des DBV handelt, auch wenn diese inzwischen geschickter formuliert werden.

● **Einschätzungen allgemein:** Die Formulierungen machen schon angreifbar. Dennoch stellt die Befragung einen ersten Versuch dar, an „normale“ Bürger ranzugehen. Zunächst ist die Kampagne eine tolle Idee – bei der Umsetzung müssen dann auch die Einzelinteressen der einzelnen Träger berücksichtigt werden: alle wollen wahrgenommen werden und keiner hinter der Kampagne zurück treten. Dennoch lässt sich feststellen, dass Veranstaltungen und Aktionen zum Thema viel besser besucht sind als noch vor wenigen Jahren. Die Kampagne hat etwas angestoßen und es gilt nun, an dieser Bewegung dran zu bleiben. Es ist auch eine neue Erfahrung für Politiker, dass die Menschen sich mehr einmischen.

● **Konkrete Beispiele für Aktionen und Veranstaltungen innerhalb der Kampagne:**

- Diskussion zur regionalen Landwirtschaft in Witzenhausen im Rathaussaal, die Veranstaltung war sehr gut besucht und es waren die unterschiedlichsten Leute dort mit entsprechend vielfältigen Meinungen.
- Die Bauernsternfahrt mit vielfältigen Aktionen entlang der Strecke.

Im Anschluss stellt Jan Wendel die Aktion im Rahmen der Kampagne stattfindende Aktion Bauern-Sternfahrt“ vor.

Tiergerechte Haltung vs. Kostenkalkulation

Vortrag von Eckhard Niemann, AbL Niedersachsen

Die Saatgutgesetzgebung und ihre Auswirkungen

Vortrag von Miriam Hack

(den Vortrag stellt Miriam zur Verfügung, bei Interesse schickt ihr einfach eine Mail an folgende Adresse: moloweni@posteo.de)

Die ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

Vortrag von Jörg Gerke

Die Frage ist, warum sich eine bäuerliche Landwirtschaft nicht durchgesetzt hat?

Jetzige Situation

Es sind nur 20-30% der Betriebe in bäuerlicher Hand, (z.B. Familienbetriebe, Genossenschaften, GbR-Betriebe) alles andere sind agrarindustrielle Unternehmen

Geschichtlicher Rückblick

In den Jahren 1945 bis 1949 gab es eine Bodenreform, in deren Verlauf Großgrundbesitzer, deren Betrieb mehr als 100 ha Fläche umfasste, enteignet wurden. Dabei wurde den Betriebseigentümern eine Unterstützung des Naziregimes vorgeworfen. Jedoch wurden auch Betriebe von unter 100 Hektar in wesentlichem Maße enteignet. Vielfach wurden Landwirte als Nationalsozialisten oder Kriegsverbrecher denunziert, die in die Verbrechen des Naziregimes nicht verwickelt waren. Gerke spricht hier von einer Sippenhaft, die nicht mit den rechtsstaatlichen Idealen vereinbar sind (Diktatur). Die ehemaligen Landbesitzer wurden oftmals verfolgt und in den Internierungslagern der Nazis gefangen gehalten / ermordet.

Die enteigneten Betriebsflächen wurden ärmeren oder landlosen Bauern, teilweise auch Flüchtlingen und Vertriebenen zugesprochen. Diese Neubauern erhielten jeweils eine Fläche von circa fünf Hektar, die für einen Familienbetrieb ausreichten.

Die Jahre 1952 bis 1960 waren mit einem staatlich organisierten Zusammenschluss von privaten Betrieben zu genossenschaftlichen Großbetrieben zu sogenannten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG), verbunden. Offizielles Ziel war die Erhöhung der Produktivität und der Effektivität. Der Zusammenschluss erfolgte teils freiwillig, teilweise wurde jedoch auch ökonomischer und politischer Druck ausgeübt, um einen Zusammenschluss zu erzwingen. Der Zeitraum 1952 bis 1960 wird als „Kollektivierungsphase“ bezeichnet. Im sogenannten „Sozialistischen Frühling“ von März bis Mai 1960 wurden die letzten 400.000 Landwirte zum Eintritt in LPGs gezwungen.

Die Wende 1990

Das enteignete Kapital (Boden, Werkstätten, Industrie etc.) wurde auf 650 Milliarden Euro geschätzt. Dieses Kapital sollte verkauft und mit den Erlösen die Einheit finanziert werden. Die Verwaltung der Immobilien wurde der Treuhand übertragen. (1,2 Millionen ha = 20% LN)

Die 1,2 Mill. ha Land stellten Fundus für Agrarpolitiker dar, um ihre Interessen durchzusetzen. „Aber noch nicht genug“ (Gerke)

1992 wurden Ländereien enteignet, die von der DDR-Führung an ärmere und landlose Bauern vergeben wurden, wenn diese nicht mehr in der Landwirtschaft tätig waren. Das Land wurde den

Bundesländern überschrieben. Somit waren 40-50% der LN in Bundes- oder Länderhand, „mit denen man Agrarpolitik machen konnte“

Landvergabe nach der Wende

Wie hätte es aussehen müssen?

Rückgabe des Landes bis zu 100 ha, dann hätte man jetzt 700 Betriebe mit bis 100 ha, die Struktur wäre vergleichbar mit Westdeutschland

Wie hat es ausgesehen?

20% der Betriebe haben von der Pacht-/Landvergabe profitiert. 80% der Betriebe, meinst bäuerliche Betriebe, haben keine Flächen bekommen.

Es wurden verbilligte Flächenverkäufe für Pächter angeboten, dadurch kein Einstieg von Neugründern, da sie nicht an das Land kamen. Bis zu 200 ha verbilligtes Land pro Betrieb.

Verkaufsverbot für verbilligtes Land für 20 Jahre.

Grund für die Vergabepraxis waren Interessen von DDR-Agrar-Führungsspitzen, die auch nach der Wende hohe Posten in der Agrarverwaltung, der Politik und in den Interessenvertretungen innehaben, Gerke spricht vom „Führungskader der DDR“

Haltung der Interessenvertretungen

Deutscher Bauernverband

Bauerverband der DDR, die VdgB, hat 1990 mit dem DBV fusioniert. Damit war im DBV das Führungskader vertreten.

Naturschutzorganisationen

Die Naturschutzorganisationen hätten ein Interesse an kleinräumiger Landwirtschaft. Sie haben jedoch nach der Wende Naturschutzflächen in beachtlichem Ausmaß geschenkt bekommen von der BVVG. Sagen deswegen nichts zu der Praxis.

AbL

Nur die AbL hat das Problem erkannt und publiziert Artikel zu dem Thema. Einige einzusehen auf der AbL-Internetseite

Medien

Die Medien veröffentlichen nichts zu dem Thema, kritische Reportagen werden zurückgepfiffen, kritische Agrarjournalisten rausgeschmissen (ARD; ZDF)

Wenn der DBV Kampagnen macht, dann ziehen die Medien mit, wird die Kampagne zurückgezogen, dann gehen die Medien auch mit. Die Medien haben keine Macht im Land.

Diskussion

F: Wie sollen wir jetzt mit dem Thema umgehen?

A: Sich stark machen für einen Bodenfond für Existenzgründer! Es gibt noch Land in staatlicher Hand! Das soll nicht den Großbetrieben verkauft werden. Öffentlichkeitsarbeit für andere Bodenpolitik

F: Bio-Bodenfond: gut oder schlecht?

Biobodenfond sind nur Großbetriebe, die sich von der GLS Bank Geld geliehen haben um Flächen zu kaufen. Vermarktung als Fond.

Samstag, 16.April

9:30 Uhr „Die AbL und ihre Aktionen – ein Rückblick“ von Georg Janßen, AbL

Bundesgeschäftsführer

Verfasst von: Katrin Rösner

Georg Janßen (GJ) berichtet aus den letzten 27 Jahren, in denen er als Bundesgeschäftsführer der AbL viele Aktionen begleitet hat. Anfangs geht der Dank für die Organisation der Demo „Wir haben's

satt“ im Januar 2011 an Jochen Fritz. GJ betont, dass auch die junge AbL schon viele gute Aktionen gemacht hat, z.B. in Brüssel oder Karlsruhe. GJ hebt den hohen Anspruch der Aktionen und Medienresonanz jungen AbL hervor, den Philipp einmal auf den Punkt brachte: „Unter einer Meldung in der 20-Uhr-Tagesschau machen wir keine Aktion.“

Einige aktuelle Beispiele zur Unterstützung durch die AbL: Selbsthilfe zur Etablierung einheimischer Eiweißfuttermittel oder Interessengemeinschaften zu Fragen wie Bodengemeinschaft (Jörg Gehrke-Vortrag am Freitag) und Widerstand leisten.

Beispiele aus den letzten 26 Jahren AbL & Tipps für erfolgreiche zukünftige jAbL-Aktionen:

3. 1985 kam die Futtermittelimport-Problematik auf, speziell in der Region Vechta-Cloppenburg. Die AbLer als kleine Gruppe blockierten am Hafen Brake/Unterweser, von wo das Futter für das Weser-Ems-Gebiet abgeholt wird und versperrten mit einem Schlepper mit Anhänger die Hafeneinfahrt. Der NDR machte Interviews, der Polizei wurde die Problematik erklärt. Anschließend griffen mehrere Medien das Thema auf, z.B. auch der Spiegel.

4. Im Vorfeld der Bundestagswahlen stand ein Hofbesuch des Kanzlers Kohl an, um das Reformprogramm der CDU zu präsentieren. Kurzerhand wurde ein Hänger Mist am ahnungslosen Polizeischutz vorbei gefahren und abgekippt, zusätzlich ein Banner: „CDU, FDP – alles Mist“. Eine spaßige Aktion.

5. In Würzburg auf dem Deutschen Bauerntag stellten sich zwei AbL-Senioren mit einem Schild „Bauernhöfe statt Agrarfabriken – bäuerliche Landwirtschaft“ an den Eingang, so dass alle Teilnehmer die Botschaft beim Reingehen lesen mussten und alle Fernsehsender sie aufgenommen haben. Auch vom Haus der Geschichte in Bonn gibt es ein Foto vom Eingang mit diesem Schild.

6. Auch in Bonn vor dem Bundeshaus war die AbL mit 30 Bauern zusammengekommen, mit Viehtransportern wurden acht Milchkühe mitgebracht. Das zog viele Fotografen an, war aber teuer: 11.000 DM Strafe wegen Bannmeilen-Verletzung. 11.800 DM kamen durch Spendenaufrufe wieder rein.

→ Aktionen mit Tieren sind immer etwas Besonderes und haben positive Effekte: Polizei und Politiker reagieren äußerst verunsichert und Fragen wie „beißen die?“ geben Zeit für Interviews.

7. Am 19.10.2000 wurde das Gebäude des Bundesverbands der Dt. Pflanzenzüchter gestürmt, um es zu besetzen. Das angebotene Gespräch mit einer kleinen Gruppe war von der AbL abgelehnt worden. Die EDV-Abteilung und das Büro des Vorsitzenden sollten besetzt werden und ein Moratorium bis Dezember gefordert mit Drohung einer erneuten Stürmung. Es gab Anzeige wegen Hausfriedensbruch, diese wurde aber eingestellt, weil nichts kaputt gegangen ist.

8. Wichtig ist auch, immer zu schauen wie die Stimmung in der Gesellschaft ist: Gut gelaufen ist die Aktion zur Rettung der Kartoffel Linda. Die Sorte wurde angepflanzt und mit Presseaufkommen geerntet. Uli Wickert (Tagesthemen) sagte, er esse bei seiner Mutter immer Linda. Auch das Kartoffel-Zuchtunternehmen Europlant war da, um die weitere Aussaat von Linda durch Bauern zu verhindern.

9. Bei der Milch-Bäuerinnen-Aktion demonstrierten fünf Tage lang Bäuerinnen vor dem Bundestag in Berlin, es ging bis zum Hungerstreik. In der Gruppe herrschte Uneinigkeit. Schließlich wurden die Bäuerinnen von den Familien abgeholt. Dies war sehr medienwirksam.

10. Bei der Agrarministerkonferenz 2010 im Plöner Schloss am See trommelten die Schrotttrommler auf einem gemieteten Boot so laut, dass die Minister ihr eigenes Wort nicht mehr verstehen konnten.

11. Es gab diverse Ankettaktionen im Wendland, bei denen im Gegensatz zu französischen Demonstranten die AbL gut vorbereitet und immer mit Rechtsschutz dabei war. Jeder sollte frei die Aktionsform wählen, die er möchte – Hauptsache es gibt immer gute Vorbereitung

mit Ärzten und Rechtsanwälten.

12. Zur Demonstration gegen Patentrechte auf Pflanzen und Tiere beteiligte sich die AbL mit einer Patentverbrennungsmaschine.

13. Man muss auch immer Glück haben bei einer Aktion. Bei einer geplanten Aktion gegen Hormonfleisch, das auf der Grünen Woche vom amerikanischen Stand angeboten werden sollte, fand der WDR heraus, dass die AbL eine militante Aktion vorhatte und die Amerikaner bauten den Stand vorzeitig ab.

Samstagnachmittag – Diskussion zur Präsentation der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppen

- Bodenvergabe in Ostdeutschland
- Entwicklungspolitik zusammen mit Saatgut verknüpft zum Thema Ernährungssouveränität
- Orgatreffen Sternfahrt
- kleines Öffentlichkeitsteam

4) Gruppe Ernährungssouveränität

Es sollen bildhafte Darstellungen gestalten und als Aufkleber gedruckt werden – Stencils – zum Thema Ernährungssouveränität mit nur dem Wort als Unterschrift

Die Idee kommt gut an – auch die Gedanken zur Platzierung an ungewöhnlichen Plätzen in kleineren Ortschaften – besser als in Großstädten, da die Motive dort in der Poster- und Infoflut untergehen würden

Für die Verbreitung Kontakte von jAbLern gesammelt zu Organisationen und Verbänden verteilt über Deutschland. Die Gruppe bleibt dran

Termine:

- Nyeleni Prozesse
- Welthungertag

5) Gruppe Bodenvergabe in Ostdeutschland

Die Idee des Bodenkrimis soll verknüpft werden mit den Interessen von Junglandwirten d.h. am Besten wäre ein konkretes Beispiel von jungen Leuten, die in Ostdeutschland versuchen an Land zur landwirtschaftlichen Bewirtschaftung zu kommen.

Die Gruppe wollte zunächst ausgiebig Infos sammeln – dazu kam die Anregung, solche Infos am Besten gleich auch zu verwenden: für z.B. Artikel oder Interviews, damit eine direkte Aktion herauskommt

Ergänzung vom Abend:

Besuch und Infos von Julia, die in Brandenburg, nahe Berlin Richtung Osten, in einem Gemeinschaftsprojekt einen Hof mit Ziegen und Gemüsebau betreibt – sie wollen gern das Grünland rund um den Hof kaufen, wenn es angeboten wird. Nun wurde es fast unter der Hand vergeben und sie haben 2 Wochen Zeit für die ersten 5 ha zu bieten (Startgebot 36.000€) - der Rest (60 ha) steht irgendwann im Herbst zum Verkauf an.

Spontane Idee, dies als Aufhänger zu benutzen für unsere Aktionsideen – die Gruppe bleibt dran und hält Kontakt zu Julia

6) Öffi-Gruppe (Marlene und Christine) schreibt Artikel für die Bauernstimme

7) Sternfahrt-Orga-Gruppe spricht sich ab und macht mit David von *den FairAnstaltern* eine Mobilisierungsvideo mit Statements und kleinem Deutz Schlepper

Sonntag, 17. April

Nach dem abschließenden Frühstück kamen wir noch einmal für einen gemeinsamen Rückblick zusammen. Anschließend setzten wir ein Zeichen auf dem StadtGut Blankenfelde und legten ein kleines Maisbeet an- Garantiert Gentechnikfrei versteht sich! Mit Spaten, Flaggen und unseren selbsthergestellten „Saatgutbomben“ machten wir uns anschließend quer durch Berlin auf den Weg zum alten Flugplatz Tempelhof. Guerilla gardening mit Bauern Power hieß es dann, und so gelang es uns doch glatt ein wenig Rasenfläche umzulegen und lautstark auf eine gentechnikfreie und faire Landwirtschaft aufmerksam zu machen.